

Österreichische Post AG/ Postentgelt bar bezahlt
An einen Haushalt

Verlagspostamt 8160 Weiz

Rund um den Schwammerlturm

Gemeindemitteilungsblatt für die Region Leoben
Nr. 3, März 2020

RM 04A035819

REGIONALMEDIUM

ergeht an jede
Postabgabestelle in
Leoben und
Niklasdorf



Es geht um Viel!

Immer mehr Menschen wenden sich von der Politik ab. Sie haben die Privilegien und die Spesenskandale satt. Viele sind enttäuscht über Wahlversprechen, die bereits am Tag nach der Wahl vergessen sind. Für die KPÖ gilt: Wir sind für die Menschen da, die keine Lobby haben. Was wir vor der Wahl sagen, gilt auch nach dem Wahltag.

Wir kümmern uns darum, daß das Leben auch für Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen leistbar ist. Das geht nur, wenn Mieten und Wohnkosten nicht in den Himmel wachsen und Gebühren und Tarife, welche die Gemeinde verlangt, nicht laufend erhöht werden. Die KPÖ tritt im Gemeinderat konsequent gegen die Erhöhungen bei den Betriebskosten und Mieten auf. Sie hat eine Tarifsenkung beim Asia Spa durchgesetzt und erreicht,

daß das Parken in der Blauen Zone billiger wurde.

Helfen statt abkassieren!

Werner Murgg konnte während der letzten Jahre hunderten Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Notlagen rasch und unbürokratisch helfen. Bei der KPÖ existiert eine Gehaltsobergrenze aus einem Politeinkommen von 2.300 Euro. Der Rest wird für soziale Zwecke verwendet. Frei nach dem Motto: „Helfen statt abkassieren!“ Vielen

Mieterinnen und Mietern verhalf Werner Murgg über all die vergangenen Jahre zu ihrem Recht, indem er für sie bei der Schlichtungsstelle oder vor Gericht einen Rechtsbeistand organisiert hat. Mit der Zeitung „Rund um den Schwammerlturm“ erfahren Sie was andere oft verschweigen.

Die KPÖ hat drei Mandate im Gemeinderat und einen Sitz in der siebenköpfigen Stadtregerung. Dieser ist nur schwach abgesichert. Damit Werner Murgg auch weiterhin im Stadtrat vertreten sein kann braucht er Ihre Unterstützung. Bitte denken Sie daran!

Wartehäuschen und Zebrastrifen



Die Bushaltestelle am Hirschgraben wartet auf ein Wartehäuschen. Die Fahrgäste wünschen sich an dieser Stelle auch einen Zebrastrifen. Wer hier aussteigt und in die Gösserstraße oder in die Kaltenbrunnerstraße gehen will, findet weit und breit keinen geschützten Übergang!

KPÖ

**HELFEN
STATT ABKASSIEREN!**

DR. WERNER MURGG  **KPÖ**



Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.

S-Bahnstation Lerchenfeld

Ich begrüße diese neue
S-Bahnhaltestelle.

JA	NEIN
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Ich halte den Standort
für ungeeignet.

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------

Weitere Vorschläge und Meinungen

.....

Name:

Adresse:

Bitte ausschneiden und einsenden an:

RUND UM DEN SCHWAMMERLTURM

Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben oder Fax: 038 42/27 4 17

UMFRAGE

S-Bahnhaltestelle in Lerchenfeld

Nächstes Jahr soll eine neue S-Bahnhaltestelle in Leoben-Lerchenfeld eröffnet werden. Mit der neuen Fußgänger- und Radfahrbrücke über die Mur, welche die Stadtteile Prolebersiedlung und Lerchenfeld verbindet, werden im Einzugsgebiet der Station 2.500 Menschen wohnen.

Unter den Anrainern am Fichtlplatz, in der Absennergasse bzw. Kärntnerstraße regt sich Widerstand. Sie haben nichts gegen eine S-Bahnstation, fürchten aber eine Verschlechterung ihrer Lebensqualität und wollen eine Verlegung in Richtung der ehemaligen Baumax-Halle.

Wie lange noch ein Provisorium?



Seit Jahren ist der Holzzaun hinter der Haltestelle bei der Gösser-Brücke desolat und nur mit einem Baustellengitter abgesperrt. Gemeinde und Land Steiermark konnten sich bisher nicht einigen, wer für die Sanierung zuständig ist. Höchste Zeit, daß hier etwas passiert.

Transparenz nur wenn es einen selbst nicht betrifft...

Vor der letzten Wahl ist Walter Reiter unter anderem mit der Forderung nach „Transparenter Abwicklung von Auftragsvergaben der Gemeinde an Firmen“ hausieren gegangen. Die Forderung ist mehr als berechtigt! Nur sollte man die Forderung auch dann ernst

nehmen, wenn der Auftrag quasi in der „eigenen Familie“ bleibt. Wir sprechen von der Werbefirma Brainsworld Design Agency Gmbh, die zu 50 Prozent dem Sohn von Walter Reiter gehört und immer wieder Aufträge von der Gemeinde bekommt, wogegen prinzi-

piell nichts zu sagen wäre. Anders verhält es sich allerdings, wenn diese Firma einen 65.000 Euro teuren Auftrag ohne die sonst übliche Ausschreibung erhält, wie unlängst geschehen. Da bleibt der selbsternannte „Aufdecker“ dann stumm.

Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: Verein zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit fortschrittlicher Kommunalpolitiker, 8700 Leoben, Pestalozzistraße 93, Tel. 03842 / 22 6 70, Fax 038 42 / 27 4 17. Verantwortlicher Chefredakteur: LAbg. Dr. Werner Murgg. Entgeltliche Einschaltungen sind als Anzeige kenntlich. Druck: Klampfer, Weiz. Offenlegung: die Blattlinie entspricht den Zielen des Vereinsfortschrittlicher Kommunalpolitiker.

Wir von der Bürgerliste Reiter Walter fordern:

- Öffentliche Ausschreibungen bei ALLEN Postenbesetzungen der Gemeinde Leoben
- Postenschacher und Freunderlwirtschaft abschaffen
- Transparente Abwicklung von Auftragsvergaben der Gemeinde an Firmen

K O M M E N T A R

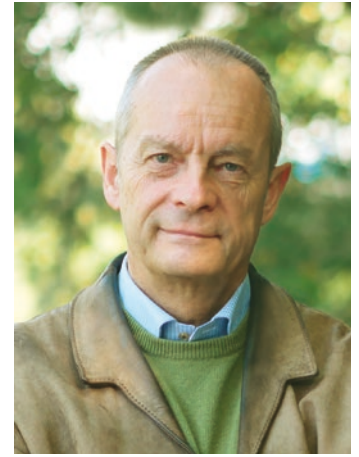
Helfen statt abkassieren!

Wer dieser Tage die Pressekonferenz der Landes-SPÖ zum Auftakt der Gemeinderatswahl verfolgt hat und sich inhaltliche Eckpunkte erwartet hat, ist so schlau wie zuvor. Eine Stunde lang nur über Formales zu reden - wer jüngster Kandidat ist, wie viele Frauen kandidieren, wie stark man da und dort werden will etc. - und dabei keine einzige substantielle Aussage zu tätigen, ist auch schon bewundernswert. Dabei unterscheidet sich die Sozialdemokratie nur unwesentlich von der ÖVP. Das liegt daran, daß die Mainstream-Politik heute austauschbar geworden ist.

Grundkonstante dieser Politik ist neoliberale Deregulierung, weitere Umverteilung von unten nach oben und das Umsetzen von EU-Vorgaben. Nachgebetet wird, was Unternehmensberater und sogenannte „Experten“ vorgeben. Das gilt von der großen Politik bis in die Gemeindestuben. Kritik an diesem Kurs wird immer seltener. Auch damit hat die steigende Politikverdrossenheit zu tun. Immer mehr Menschen, die keine Lobby hinter sich haben, fühlen sich im Stich gelassen. Dabei haben steigende Mieten, zunehmende „Wild-West-Methoden“ in der Arbeitswelt, stagnierende Löhne

und Gehälter vor allem bei den unteren Einkommen, oder ein Gesundheitssystem, das immer mehr vom Geldbeutel abhängig ist, genau mit dieser Mainstream-Politik zu tun.

Das thematisiert die steirische KPÖ in den Gemeinden und im Landtag. Darauf bauen wir unsere Forderungen auf: Erhalt der Spitalsstandorte, einen Gebührenstopp bei den Betriebskosten und eine Regulierung der Mieten damit auch Familien mit kleinen Einkommen sich das Wohnen wieder leisten können. Besonders wichtig ist für unsere Mandatarinnen und Mandatare, daß sie die



sprichwörtliche Bodenhaftung behalten. Deswegen gibt es bei der KPÖ eine Gehaltsobergrenze von 2.300 Euro. Wer aus einem Politeinkommen mehr verdient, liefert es an unseren Sozialfonds ab. „Helfen statt abkassieren“ lautet das Motto!

Werner Murgg, KPÖ-Landtagsabgeordneter und -Stadtrat

Gesundheitskasse: Der große Schwindel von ÖVP und FPÖ

Erinnern Sie sich? Die Schwarz-Blau Regierung versprach, daß die Zentralisierung der Gebietskrankenkassen zu einer einzigen Gesundheitskasse den Versicherten eine Milliarde an Kosten sparen würde – die sogenannte „Patientenmilliarde“. Herausgekommen ist, wovon viele gewarnt haben: das glatte Gegenteil. Die Kosten der Zentralisierung laufen aus dem Ruder. Statt plus eine Milliarde, minus 1,7 Milliarden bis 2024! Den Versicherten könnte das bald teuer zu stehen kommen.

Sozialminister Rudolf Anschober antwortete kürzlich auf eine parlamentarische Anfrage, daß die Fusionskosten bei der Gesund-

heitskasse alleine heuer ein Minus von 175,3 Millionen Euro ausmachen. Bis 2024 summiert sich das Minus gar auf 1,7 Milliarden Euro. Vor der Reform im Jahr 2018 machten die einzelnen Gebietskrankenkassen noch ein Plus von 111 Millionen Euro.

Jetzt will die neu eingesetzte Führung der ÖGK „den Gürtel enger schnallen“. Das könnten die Versicherten sehr bald zu spüren bekommen. KPÖ-Stadtrat Werner Murgg: „Den Versprechungen, daß es zu keinen Beitragserhöhungen, Selbst-behalten oder Leistungskürzungen kommen wird, ist wohl ebenso wenig zu trauen, wie der versprochenen Patientenmilliarde, die sich in Luft aufgelöst hat.“

MEINUNG

Lediglich die eigene Agenda im Auge

Als Oppositionspartei sollte man sich in erster Linie mit der Regierungspartei auseinandersetzen. Sie entscheidet schließlich - vor allem dann, wenn sie, wie in Leoben, die absolute Mehrheit besitzt - was in der Gemeinde passiert. Das sagt einem der politische Hausverstand. Manchmal muß man aber von dieser „goldenen“ Regel abweichen. Vor fünf Jahren ist eine sogenannte „Liste Pilsner“ mit einem Mandat in den Leobener Gemeinderat eingezogen. Nun tritt Leopold Pilsner als Nummer Zwei für eine andere Bürgerliste an. Schauen wir uns an, was er in den vergangenen fünf Jahren im Gemeinderat geleistet hat. Die

Bilanz fällt eher blamabel aus: Der angebliche „Wirtschaftsexperte“ hat es fertig gebracht, in mehr als zwanzig Gemeinderatssitzungen zwischen 2015 und 2020 keinen einzigen Antrag ein- und keine einzige Anfrage im Sinne der Bürgerinnen und Bürger von Leoben vorzubringen. Mit einer Ausnahme: In der eigenen Sache „Verfahren Leopold Pilsner“ hat er mehrere Anfragen an den Bürgermeister gerichtet. Das eigene Hemd ist dem „Wirtschaftsexperten“ offenbar immer noch näher als der Rock der Leobener Bürgerinnen und Bürger zur Vertretung deren Interessen er 2015 in den Gemeinderat gewählt wurde. W.M.

Aus der Mitte des Lebens

Kandidatinnen und Kandidaten der KPÖ für

**Dr. Werner Murgg,
Landtagsabgeordneter**

„Abgehobene Gehälter führen zu abgehobener Politik. Deshalb gibt es bei der KPÖ eine Obergrenze für Politikeinkommen von 2.300 Euro. Der Rest wird verwendet um Menschen in Notlagen unbürokratisch zu helfen.“



**Ing. Bernhard Frois,
Meßtechniker**

„Mir geht es um Gerechtigkeit. Banken und Konzerne haben ihre Lobby. Aber wer schaut auf uns „Normalbürger“?“



**Mario Salchenegger,
technischer Zeichner**

„Viele Leobener fahren zum Baden in Nachbargemeinden, weil das Asia Spa immer noch zu teuer ist.“



Franz Ehgartner, Pensionist

„Während die Pensionen immer weniger wert werden, nimmt der Reichtum ganz oben immens zu!“

**Lothar Knaak,
Arbeiter**

„Parkgebühren sollten einen Lenkungseffekt haben und nicht der Abzocke dienen!“



**Veysel Kay,
Werksarbeiter**

„Die KPÖ schaut darauf, daß es auch uns Arbeitern besser geht.“



**Manuela Schwaiger,
Verkäuferin**

„Die Kinderkrippen sind in Leoben viel zu teuer. Wir brauchen ein sozial gestaffeltes Gebührenmodell.“



**Hasija Hafic,
Gärtnerin**

„Mieten, Wasser, Strom, alles wird teurer, während unsere Löhne stagnieren. So wie es ist, darf es nicht bleiben!“

ns

die Gemeinderatswahl

Dr. DI Christine Wenzl, Metallurgin

„Die KPÖ ist die einzige Partei, die konsequent gegen Sozialabbau und Lohndumping auftritt.“



Mag. Jakob Matscheko, Angestellter

„Um viele Gebühren und Tarife für Leobener günstiger zu machen sollte die LE-Card wieder eingeführt werden.“



Sandra Egger, technische Angestellte

„Mir liegt die soziale Sicherheit am Herzen. Deshalb kandidiere ich für die KPÖ.“

... und viele engagierte Leobenerinnen und Leobener

Andreas Bubnik, Chemielaborant

„In der Arbeitswelt nehmen Antreiberei und unregelte Arbeitsverhältnisse zu. Da ist es wichtig, daß jemand dagegen hält!“



Elfriede Egger, Pensionistin

„Als jahrzehntelange Aktivistin bei Kinderland weiß ich, daß gerade Kinder aus nicht so wohlhabenden Familien unserer besonderen Fürsorge bedürfen!“

KPÖ

Asia Spa

Parkgebühren

Kinderbetreuung

Gebühren runter!

FÜR EIN LEISTBARES LEOBEN KPÖ

Damit sich alle Leobenerinnen und Leobener unsere Stadt leisten können

Weg mit der Kaution bei den Gemeindewohnungen

Jahrzehntelang war es möglich unsere Gemeindewohnungen ohne Kaution zu vergeben. Familien mit kleinen Einkommen taten sich damals viel leichter eine Wohnung zu mieten. Die KPÖ hat im Gemeinderat den Antrag gestellt, die Einhebung von Kautionen bei Gemeindewohnungen wieder abzuschaffen. Das wurde von SPÖ, ÖVP, Liste Pilsner und Liste Reiter abgelehnt.



Blaue Zone auch halbe Stunde

Lange Zeit mußte man in der Blauen Zone für mindestens 90 Minuten zahlen. Die KPÖ hat den Antrag gestellt, die Mindestparkdauer auf 30 Minuten zu verkürzen und die Gebühr dementsprechend zu senken. Das wurde umgesetzt. Ein Antrag das Parken an Samstagen gebührenfrei zu machen, wurde von der SPÖ-Mehrheit niedergestimmt.



Gegen Mietpreisteigerung

Die KPÖ hat 2018 den Antrag gestellt bei den Gemeindewohnungen auch für die Kategoriemietzinse die Indexerhöhung auszusetzen. Das wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Kinderkrippen zu teuer

Viele Familien können sich die Gebühren für Kinderkrippen kaum leisten. Im Unterschied zu den Kindergärten gibt es hier kein sozial gestaffeltes Gebührenmodell. Die KPÖ hat beantragt auch für Kinderkrippen ein derartiges Modell einzuführen. Nun wird darüber im Familienausschuß beraten.



Gratis Eislaufen für Kinder

In vielen Städten dürfen Kinder in den Semester- und Weihnachtsferien gratis Eislaufen. Nicht so in Leoben. Ein Antrag

der KPÖ das auch in unserer Stadt zu ermöglichen wurde von der Bürgermeisterpartei SPÖ abgelehnt.

Heizkostenzuschuß – Immer mehr gehen leer aus

Der Richtsatz von dem die Einkommensgrenzen für den Heizkostenzuschuß der Gemeinde berechnet werden, wurde fast ein Jahrzehnt nicht mehr angepaßt. Deshalb bedeuten bereits geringe Pensions- und Lohnerhöhungen, daß immer mehr Menschen über der Einkommensgrenze liegen und leer ausgehen. Die KPÖ hat im Gemeinderat eine Anpassung des Richtsatzes verlangt. Nun wird darüber im Sozialausschuß beraten.



Asia Spa immer noch zu teuer

Die KPÖ hat fast 2.000 Unterschriften für eine Tarifsenkung beim Asia Spa gesammelt. Bürgermeister Wallner mußte schließlich nachgeben. Die Tarife im Freibereich wurden gesenkt. Höchste Zeit, daß das Asia Spa auch im Innenbereich billiger wird. Die KPÖ wird weiter Druck machen!



KPÖ setzt sich für Mieter ein

Seit vielen Jahren unterstützt die KPÖ Mieterinnen und Mieter in Rechtsfragen.



Grüne Zonen zurücknehmen

Die Ausweitung der Grünen Zonen durch die Rathausmehrheit SPÖ war mehr als unüberlegt. Gähnende Leere auf vielen Grüne Zone-Plätzen, dafür viel zu teure Monats- und Jahreskarten. Die KPÖ hat im Gemeinderat die teilweise Rücknahme der Grünen Zonen und billigere Zeitkarten gefordert. Nun wird darüber im Verkehrsausschuß beraten.



Unlängst konnte wieder ein schönes Ergebnis für Mieter in der Kerpelystraße erreicht werden. Die Hausverwaltung hat bereits zum zweiten Mal zu hohe Betriebskosten verrechnet. Nach Intervention der KPÖ mußten die zu viel verlangten Beträge an die Mieter zurückgezahlt werden.

Hier wird das Geld beim Fenster hinausgeschmissen

Teures Bürgermeisterbüro

Um mehr als 70.000 Euro hat sich Bürgermeister Wallner sein Büro sanieren lassen. Was für Matthias Konrad viele Jahre gut genug war, soll für Volksbürgermeister Wallner plötzlich nicht mehr zeitgemäß sein. Da hat die KPÖ Nein gesagt.

36.000 Euro für Logo

36.000 Euro hat das neue Logo beim Kreisverkehr in Leoben-West gekostet. Für viele soziale Dinge fehlt angeblich das Geld. Die KPÖ war dagegen.



17.000 Euro für Bemalung von Autobussen

Zwei Busse unserer Stadtwerke wurden mit Werbeaufschriften versehen. Das hat 17.000 Euro gekostet. Gleichzeitig wurden die Sozialfahrtscheine für unsere Ärmsten gekürzt. Dazu hat die KPÖ Nein gesagt.

Teurer Pressespiegel

Jedes Jahr gibt die Gemeinde über 30.000 Euro an eine Firma aus, welche die Medienberichte über Leoben sammelt. Zu dieser unnötigen Ausgabe sagt die KPÖ immer Nein.

3.600 Euro für eine Pressekonferenz

Eine Werbefirma wird die Vermarktung des neuen Kongreßzentrums übernehmen. Allein für eine Pressekonferenz werden 3.600 Euro veranschlagt. Auch da sagt die KPÖ Nein.

12.000 Euro für Jubelbroschüre

Bürgermeister Wallner kommt im Leobener Stadtmagazin sicher nicht zu wenig oft vor. Nun wurde vor der Wahl um 12.000 Euro eine Sondernummer produziert in der Wallner sage und schreibe 62mal abgebildet ist. Die KPÖ sagt: Dafür gibt es Parteizeitungen und nicht das Steuergeld der Leobener.



Was uns ein- und auffällt...

...daß die neue Bundesregierung die **Einkommengrenzen für die Rot-Weiß-Rot Karte** deutlich senken will, um aus Drittländern nun auch ungelernete Arbeitskräfte zum Zwecke des Sozialdumpings nach Österreich zu holen. Und das bei 32.000 Asylberechtigten in unserem Land die keinen Job haben.

...daß sich angesichts der Coronavirus-Epidemie der Wahnsinn der **neoliberalen Globalisierung** auch dem fanatischsten Globalisierungsverfechter offenbaren sollte. Nicht nur in der Medikamentenproduktion wurde aus puren Profitgrün-

den der Großteil der Wirkstoffproduktion nach Indien und China verlagert und somit bei einer Unterbrechung der Produktionsketten manche lebenswichtigen Medikamente oft wochenlang nicht vorrätig sind.

...daß die Neos unsere Leobener Stadt gerade mit Großplakaten beglücken auf denen sie anlässlich der Gemeinderatswahl **Bildung für Leoben** fordern. Der wirklich Gebildete weiß, daß Gemeinden lediglich als Erhalter der Pflichtschulen zuständig sind, während Bildungspläne und -ziele Bundeskompetenz sind. Wenn den Plänen sonst nichts einfällt...

KOSTENLOSE MIETERBERATUNG



Die KPÖ Leoben bietet Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.

Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben

Interessenten werden gebeten, sich unbedingt telefonisch anzumelden:

038 42/ 22 6 70

Niklasdorf – Niklasdorf – Niklasdorf – Niklasdorf – Niklasdorf – Niklasdorf –

Niklasdorf: KPÖ kandidiert

Die KPÖ kandidiert wieder in Niklasdorf. Spitzenkandidat ist der Arbeiter Ismail Koc. Derzeit sind nur SPÖ, ÖVP und FPÖ im Gemeinderat vertreten. Die SPÖ besitzt eine absolute Übermacht. Bei der Landtagswahl vor einigen Monaten hat die KPÖ auch in Niklasdorf recht gut abgeschnitten und knapp 6 Prozent gemacht, obwohl bei der Landtagswahl mehr Parteien kandidiert haben als jetzt für den Gemeinderat. Es könnte sich für die KPÖ somit ausgehen. Sollte die KPÖ in den Gemeinderat einziehen, wird sich ihre Politik nicht von der Tätigkeit der KPÖ-Mandatarinnen und -Mandatare in Leoben, Trofaiach oder St. Stefan unterscheiden. Ihnen geht es darum, das Leben für Menschen wie Du und

Ich sorgenfrei zu gestalten: Wohnungen, die sich alle(!) leisten können, günstige Kinderbetreuungseinrichtungen, Hilfestellung bei Sorgen und Problemen des Alltags. Daß die KPÖ diese Dinge ernst nimmt, hat sie auch in Niklasdorf gezeigt. Sie war eine der ersten, die vor dem geplanten Krematorium gewarnt hatte und dieses Projekt auch im Leobener Gemeinderat kritisiert hat. Bürgermeister Marak ist auf den Protestzug erst aufgesprungen, als die Niklasdorfer bereits auf breiter Front gegen das Krematorium protestiert hatten. Obwohl er gegenüber der Gemeinde Leoben bereits Monate vorher die Auskunft gab, das Areal sei für ein Krematorium geeignet, spielte er lange Zeit den Unwissenden!

Kommentar Niklasdorf

Für frischen Wind in Niklasdorf!



In unserer Gemeinde sitzen nur drei Parteien im Gemeinderat. Wissen Sie, liebe Niklasdorferin oder lieber Niklasdorfer eigentlich wie sich SPÖ, ÖVP oder FPÖ im Gemeinderat verhalten? Wer hier beispielsweise gegen Verteuerungen bei den Betriebskosten oder Mieten auftritt? Oder ob überhaupt jemand dagegen seine Stimme erhebt? Wissen Sie, wer in der Gemeindestube Wünsche und Beschwerden der Bürger vorbringt? Oder erfahren Sie darüber nur wenig. Die KPÖ ist schon lange nicht mehr in unserem Gemeinderat vertreten. Diesmal kandidieren wir wieder. Sollte ich mit Ihrer Unterstützung in den Gemeinderat einziehen, werden Sie in Zukunft regelmäßig über das Geschehen im Gemeinderat informiert werden. Frei nach dem Motto: Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht. Dafür gibt es unsere Zeitung „Rund um den Schwammerl-

turnm“. Überall wo die KPÖ im Gemeinderat sitzt, tritt sie für einen Gebührenstopp ein. Sind es doch gerade die Müll-, Wasser- und Kanalgebühren, die für eine Steigerung der Betriebskosten verantwortlich sind und das Wohnen immer teurer machen.

Uns geht es um Gerechtigkeit! Während immer mehr Bürgerinnen und Bürger auch von einem Vollzeitjob nur mehr schwer leben können, entfernen sich die Politeinkommen immer mehr von den Löhnen und Gehältern der Durchschnittsverdiener. Deshalb gilt bei der KPÖ für Politeinkommen eine Obergrenze von 2.300 Euro. Der Rest wird verwendet, um Menschen in Notlagen rasch und unbürokratisch helfen zu können.

Vielleicht denken Sie bei der Gemeinderatswahl auch daran und geben mir Ihre Stimme.

Ismail Koc
KPÖ-Kandidat in
Niklasdorf

HELFFEN
STATT REDEN!
 **Ismail Koc – KPÖ**

Für leistbares Wohnen!
Für niedrigere Gebühren!
Für Dich im Gemeinderat!



KPÖ